

DIE LINKE.Hessen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten bei Opel:

Böses Spiel auf dem Rücken der Opelaner beenden!

Es ist unerträglich wie GM mit Euch Beschäftigten und Euren Familien umgeht. Das unfähige Management hat bereits in den letzten Jahren Eure Arbeitsplätze gefährdet und die europäischen Werke aufs Spiel gesetzt. Jetzt setzen sie erneut Eure Zukunft aufs Spiel. Das ist unerträglich.

Die jetzige Situation geht aber auch auf das Konto einer unfähigen und unwilligen Bundes- und Landesregierung.

Vor der Wahl haben sie mit großem Tamtam die Rettung durch den Verkauf an Magna verkündet. Heute zeigt sich, dass dies reine Sprechblasen waren. Es war ein schwerer Fehler, dass die Bundes- und Landesregierung 4,5 Mrd. zugesagt haben, ohne sich im Gegenzug dafür eine Beteiligung und Mitspracherechte zu sichern. Stattdessen haben sie sich von GM am Nasenring durch die politische Manege ziehen lassen.

Die Bundesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen. Sie ist immer noch Treuhänderin bei Opel und als solche muss sie sich auch verhalten:

- Sie muss endlich zusammen mit den Ländern eine **Beteiligung an Opel** betreiben. Nur so kann sie sich ein Mitspracherecht sichern und dieses böse Spiel auf dem Rücken der Beschäftigten endlich ein Ende hat. Grundstock dafür sind die 1,5 Mrd. Steuergelder, die bisher geflossen sind, und die 4,5 Mrd, die in Aussicht gestellt wurden.
- Eine solche Beteiligung muss genutzt werden um Beschäftigung dauerhaft zu sichern.

Mit einer staatlichen Beteiligung könnten ganz andere zukunftsfähige Wege beschritten und Opel zu einem **sozialen und ökologischen Mobilitätskonzern** umgebaut werden. Ressourcenknappheit und Klimaschutz erfordern neue Mobilitätskonzepte. Damit können Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

- **Europäische Lösung:** Die Bundesregierung muss schnellstens mit den europäischen Ländern über eine gemeinsame Zukunft für die Opel-Standorte beraten, anstatt weiterhin auf Standortkonkurrenz zu setzen.
- Die Regierung muss in diesem Sinne sofort Verhandlungen mit der US-amerikanischen Regierung über die Zukunft von Opel aufnehmen, schließlich ist GM mehrheitlich in amerikanischer Staatshand.

Wir fordern Frau Merkel auf, dem Parlament nächste Woche zu erklären, was sie für den Erhalt der deutschen und europäischen Opel-Standorte und die Rettung der Arbeitsplätze zu tun gedenkt

Bisher hat die Bundesregierung bei Opel komplett versagt. Das Zeitfenster, in dem die amerikanische Seite von sich aus angeboten hatte, im Gegenzug zu Staatshilfen auch Staatsbeteiligungen zu geben, wurde vertan. Der damalige Minister zu Guttenberg hielt lieber seine neoliberale Ideologie hoch, anstatt industriepolitische Verantwortung zu übernehmen. Jetzt ist es höchste Zeit für eine Wende, wenn die Arbeitsplätze und Steuergelder gesichert werden sollen.

Wir werden weiterhin solidarisch an Eurer Seite für den Erhalt Eurer Arbeitsplätze kämpfen.